

Agglomerationskommission  
des Stadtrats von Bern

## **Parlamente und Agglomerationsstrategie im Kanton Bern**

Schlussbericht zur  
Tagung vom 3. November 2006  
(Kurzfassung)

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	3
2.	Referate zur Agglomerationspolitik.....	4
2.1	Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (Christoph Miesch).....	4
2.2	Projekt Bernplus: Die Umsetzung von SARZ in der Region Bern (Isabelle Meyer) .....	6
2.3	Projekt LuzernPlus: Agglomerationspolitik in Luzern (Jürg Meyer) .....	7
2.4	Agglomerationspolitik aus der Sicht Ostermundigens (Christian Zahler) .....	8
3.	Workshops zur Agglomerationspolitik.....	10
3.1	Workshop I: Welche Rolle spielen die Parlamente im Zusammenhang mit den Regionalkonferenzen? .....	10
3.2	Workshop II: Welche Chancen eröffnet das Umsetzungsmodell BernPlus?.....	10
3.3	Workshop III: Welche Formen der Zusammenarbeit in der Region Bern können wir uns vorstellen? .....	11
4.	Würdigung durch die teilnehmenden Gemeinden .....	12
5.	Fazit der Agglomerationskommission .....	13

## 1. Einleitung

Die Agglomerationskommission des Stadtrats von Bern hat am 3. November 2006 zum zweiten Mal eine Tagung zum Thema „Parlamente und Agglomerationsstrategie im Kanton Bern“ durchgeführt. 48 Teilnehmer/innen beteiligten sich an der ganztägigen Veranstaltung in den Räumlichkeiten der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern (GIBB). Vertreten waren

- rund 30 Parlamentsmitglieder aus den VRB-Gemeinden Köniz, Münchenbuchsee, Muri, Ostermundigen, Worb, Zollikofen und neu auch aus Münsingen
- Mitglieder der stadträtlichen Agglomerationskommission
- Vertreter/innen der Abteilung für Stadtentwicklung und des Ratssekretariats
- das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung
- der Verein Region Bern.

Res Zysset begrüsst als Präsident der stadträtlichen Agglomerationskommission die Tagungsteilnehmer/innen und skizziert das Programm der Veranstaltung. Am Vormittag sind vier Referate zur Agglomerationspolitik vorgesehen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit der kantonalen Agglomerationsstrategie befassen und zusätzlich einen Blick über die Kantonsgrenzen hinaus auf die agglomerationspolitischen Entwicklungen in Stadt und Kanton Luzern werfen. Nach dem gemeinsamen Mittagessen werden sich die Teilnehmenden in drei Workshops mit unterschiedlichen Aspekten der Agglomerationspolitik auseinandersetzen. Dabei stehen die folgenden Fragen im Zentrum:

- Welche Rolle spielen die Parlamente im Zusammenhang mit den Regionalkonferenzen?
- Welche Chancen eröffnet das Umsetzungsmodell Bernplus?
- Welche Formen der Zusammenarbeit in der Region Bern können wir uns vorstellen?

Ziel der Tagung ist es, den Kontakt der Parlamente innerhalb der Region Bern weiter zu pflegen und zu vertiefen und sich gemeinsam mit den aktuellen Entwicklungen der Agglomerationspolitik nicht nur im Kanton Bern zu beschäftigen. Die Ergebnisse der Veranstaltung werden im vorliegenden Bericht zusammengefasst.

## 2. Referate zur Agglomerationspolitik

### 2.1 Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (Christoph Miesch)

*Referat von Christoph Miesch, Vorsteher des Amtes für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern und Gesamtprojektleiter SARZ: SARZ – wo stehen wir? (siehe Anhänge 1-4)*

#### *Wo steckt das Projekt SARZ heute?*

Zum Zeitpunkt des Workshops 2005 war die Umsetzungsvorlage zu SARZ (Verfassungs- und Gesetzesänderungen) in eine breite Vernehmlassung gegangen, die bis zum 13. Februar 2006 dauerte. Insgesamt 165 schriftliche Stellungnahmen von Gemeinden, regionalen Organisationen, politischen Parteien und Verbänden gingen beim Kanton ein, wovon sich 103 positiv zu SARZ stellten (=62,4 Prozent). Parallel zur kantonalen Vernehmlassung führte der Verband bernischer Gemeinden (VBG) mit Unterstützung der übrigen Kommunalverbände eine Umfrage bei den Gemeinden durch, bei der sich 73 Prozent für die Einführung eines Regionalkonferenzmodells aussprachen.<sup>1</sup> Der Regierungsrat hat die Umsetzungsvorlage aufgrund der Vernehmlassungseingaben überarbeitet und am 18. Oktober 2006 einen entsprechenden Antrag an den Grossen Rat gestellt. Am 31. Oktober hat die vorberatende Kommission die Vorlage beraten und mit 16:0 Stimmen zuhanden des Grossen Rats verabschiedet.

#### *Ziele und Inhalte von SARZ*

Die kantonale Agglomerationsstrategie verfolgt im Wesentlichen drei Ziele:

- effiziente und verbindliche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene
- gezielte Steuerung der Entwicklung von Lebens- und Wirtschaftsräumen in den Regionen
- Vereinfachung der komplexen und sich überlagernden Strukturen der gegenwärtigen Zusammenarbeit auf regionaler Ebene.

Kernstück der Agglomerationsstrategie ist die Einführung von Regionalkonferenzen, die es den Gemeinden neu erlauben sollen, in wichtigen regionalen Fragen rasch, verbindlich und gemeinsam entscheiden zu können. Die Regionalkonferenzen werden von den jeweiligen Gemeinden in den sechs geplanten Perimetern gebildet und können nur mittels einer Volksabstimmung eingeführt werden, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung und der Gemeinden für eine Regionalkonferenz ausspricht. Die Aussengrenzen der geplanten Regionalkonferenzen entsprechen den Grenzen der Verwaltungsregionen und -kreise, wie sie der Kanton mit der kantonalen Bezirksreform eingeführt hat. Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland setzt sich aus den 101 Gemeinden der neuen und gleichnamigen Verwaltungsregion zusammen und umfasst mit ihren rund 380'000 Einwohnern knapp 40 Prozent der Kantonsbevölkerung.<sup>2</sup>

Den Regionalkonferenzen werden mit den vorgesehenen Gesetzesänderungen die folgenden Aufgaben zwingend übertragen:

- Planung von Verkehrs- und Siedlungsentwicklung und Definition des Angebots des Öffentlichen Verkehrs in Zusammenarbeit mit dem Kanton

---

<sup>1</sup> Die Vernehmlassungsergebnisse sind zusammengefasst im Bericht des Gesamtprojektausschusses zum Ergebnis der Vernehmlassung vom 4. April 2006, S.4-7.

<sup>2</sup> Eine Übersicht über die Gemeinden der Regionalkonferenz Bern-Mittelland mit Stimmkraftgewichtung findet sich im Vortrag des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 18. Oktober 2006, S.60-61 (siehe Anhang 4)

- Erarbeitung von regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepten (RGSK)
- Erlass der regionalen Richtpläne
- Beschluss über die regionalen Beiträge an die Kulturförderung (in Form von Subventionsverträgen mit den kulturellen Institutionen)
- in Ausnahmefällen Erlass von regionalen Überbauungsordnungen.

Im Übrigen können die Gemeinden der Regionalkonferenz freiwillig weitere Aufgaben wie Wirtschaftsförderung, Sozialarbeit oder Sportstättenplanung übertragen.

Entscheidungsgremium der Regionalkonferenz ist die Regionalversammlung, die aus den Gemeindepräsident/innen der beteiligten Gemeinden besteht. Sie entscheidet verbindlich und abschliessend, sofern kein Referendum vorgesehen ist. Die Stimmkraft der Gemeinden in der Regionalversammlung ist nach Einwohnerzahl gewichtet. Gemäss der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Regelung verfügen die Gemeinden bis 1'000 Einwohner über je eine und pro weitere 3'000 Einwohner oder Bruchteile davon über eine weitere Stimme.<sup>3</sup> Die Regionalversammlung Bern-Mittelland umfasst gemäss Modell 230 Stimmen, wovon die Stadt Bern 42 auf sich vereinigt.

Zusätzlich kann eine bestimmte Anzahl von Regionsgemeinden gemeinsam über

- fakultative Behördenreferenden (10 Prozent der Gemeinden) oder
- Behördeninitiativen (20 Prozent der Gemeinden)

an der Entscheidungsfindung der Regionalkonferenz mitwirken. Für die Regionalkonferenz Bern-Mittelland bedeutet dies konkret, dass 10 Gemeinden zusammen ein Referendum und 20 Gemeinden eine Initiative einreichen können. Die Stimmberechtigten in den Regionsgemeinden können mittels

- fakultativen Volksreferenden (2 Prozent der Stimmberechtigten) oder
- Volksinitiativen (5 Prozent der Stimmberechtigten)

am politischen Entscheidungsprozess auf regionaler Ebene teilhaben. Aktuell heisst das für die Regionalkonferenz Bern mit ihren rund 275'000 Stimmberechtigten, dass für das Zustandekommen eines Referendums 5'502 Unterschriften und für eine Volksinitiative 13'755 Unterschriften benötigt werden.

Die kommunalen Parlamente und die Gemeindeversammlungen können keinen direkten Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung in den Regionalkonferenzen ausüben. Die Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren bei wichtigen Vorlagen ermöglichen es den Stimmberechtigten und den Legislativorganen aber, sich mit den Geschäften der Regionalkonferenz zu befassen und mit Vorstössen Einfluss auf die Meinungsbildung innerhalb der Gemeinden zu nehmen (horizontale Mitwirkung). Eine Möglichkeit zur Stärkung des parlamentarischen Einflusses bietet die Regelung, wonach die Gemeinden ihren Parlamenten mittels Organisationsreglement die Zuständigkeit zur Ergreifung von Behördeninitiativen und -referenden übertragen können.<sup>4</sup>

#### *Entscheide der vorberatenden Kommission*

Die vorberatende Kommission des Grossen Rates hat die Umsetzungsvorlage zur kantonalen Agglomerationsstrategie behandelt und die Grundzüge des Regionalkonferenz-Modells bestätigt. Gestrichen wurde die Kompetenz des Regierungsrats zur Anordnung einer Initialabstimmung über die Einführung einer Regionalkonferenz, sie kann nur von den betroffenen Gemeinden verlangt werden. Zudem hat die Kommission festgelegt, dass die Kantonsbeiträge an die Geschäftsstellen der Konferenzen nach Massgabe der Einwohnerzahlen zu verteilen sind.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Art. 148 Abs. 3 der Änderung des Gemeindegesetzes.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Art. 150 Abs. 2 der Änderung des Gemeindegesetzes.

### *Wie geht es weiter mit SARZ?*

Die Umsetzung von SARZ bedingt Änderungen der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes sowie Anpassungen in weiteren Gesetzen. Der Regierungsrat hat die entsprechende Vorlage am 18. Oktober 2006 zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Dieser wird sich im Januar und März in zwei Lesungen mit der Vorlage befassen. Die notwendige kantonale Volksabstimmung ist für November 2007 geplant, anschliessend können die regionalen Initialabstimmungen durchgeführt und das Modell in den Regionen eingeführt werden.

## **2.2 Projekt Bernplus: Die Umsetzung von SARZ in der Region Bern (Isabelle Meyer)**

*Referat von Isabelle Meyer, Geschäftsführerin VRB und Projekt Bernplus: Bernplus – Stadt und Land gemeinsam (siehe Anhang 5)*

### *Was ist Bernplus?*

Bernplus ist ein Projekt zur Entwicklung und Optimierung der Zusammenarbeit in der Region Bern-Mittelland. Ziel ist es, die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene wirksamer, einfacher und übersichtlicher zu gestalten und eine gemeinsame Arbeitskultur zu entwickeln. Getragen wird Bernplus von den sechs Planungsregionen Aaretal, Bern VRB, Gürbetal, Laupen VRL, Kiesental und Schwarzwasser sowie der Regionalen Verkehrskonferenz RVK 4 und der Regionalen Kulturkonferenz RKK Bern. Die Federführung liegt beim Verein Region Bern VRB.

### *Organisation*

An der Spitze des Projekts steht eine Behördendelegation, die sich aus den Präsidien der acht beteiligten Regionalorganisationen zusammensetzt. Sie gibt die strategischen Zielsetzungen vor und wird unterstützt von einer fachlichen Begleitgruppe, in der die Geschäftsführenden und eine Vertretung des Kantons Einsitz nehmen. Die konkrete Projektrealisierung obliegt einer vierköpfigen Projektleitung. Zusätzlich wurde ein sogenanntes Fanionteam mit 20 Gemeindepräsidenten gebildet, das sich bereit erklärt hat, die politische Debatte über die Zukunft der Region zu lancieren und dem Projekt zu einer möglichst breiten politischen Verankerung zu verhelfen.

### *Ziele und Meilensteine 2006*

Hauptziel im laufenden Jahr war der Entwurf eines gemeinsamen Bildes für die Region und die gemeinsame Konkretisierung dieser Vision auf den Ebenen der Strategie, der Strukturen und der Art und Weise der Zusammenarbeit. Es ging darum, Inhalte und Kultur der regionalen Zusammenarbeit zu entwickeln und sich mit den künftigen Strukturen auf regionaler Ebene gemäss SARZ (Regionalkonferenzen) auseinanderzusetzen. Schliesslich sollte ein gemeinsamer Entscheid über die Fortführung von Bernplus und das konkrete Vorgehen getroffen werden.

Am 18. Januar 2006 trafen sich Behördendelegation und Begleitgruppe zu einer Klausur und gaben ihrem Willen zur gemeinsamen Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit Ausdruck. Die Projektleitung sammelte daraufhin vor Ort die konkreten Vorstellungen und Erwartungen an Bernplus in den sechs beteiligten Regionen und lud im August rund 20 Gemeindepräsident/innen zu einem Workshop ein, an dem die Bildung des Fanionteams beschlossen und die bessere Positionierung der Region Bernplus im nationalen Vergleich und das Wohl der Regionalbevölkerung als Ziele der künftigen Entwicklungsbemühungen formuliert wurden. Schliesslich fand am 24.

Oktober 2006 eine erste Konferenz der künftigen Gemeindevertreter/innen in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland statt, an der rund 60 der 101 Gemeinden vertreten waren.

#### *Aufträge an die Projektleitung*

Die Konferenz fasste mit nur 2 Gegenstimmen den Grundsatzbeschluss, das Projekt Bernplus weiterzuführen und sich im Sommer 2007 zu einer weiteren Konferenz zu treffen. Aus den Workshops ergaben sich die folgenden Aufträge an die Projektleitung:

- Entwicklung der Eckpunkte eines Geschäftsreglements für die Regionalkonferenz und eines Prozessvorschlags für die Erarbeitung eines breit abgestützten Reglements
- Erarbeitung eines Vorschlags für die Umsetzung der Gleichwertigkeit der Gemeinden
- Entwicklung und Umsetzung von Instrumenten und Massnahmen zur projekt- und regions-internen Kommunikation
- Erarbeitung von Vorschlägen für Pilotprojekte im Rahmen von Bernplus.

### **2.3 Projekt LuzernPlus: Agglomerationspolitik in Luzern (Jürg Meyer)**

*Referat von Jürg Meyer, Geschäftsführer LuzernPlus: LuzernPlus – Was läuft in der Stadtregion Luzern? (siehe Anhang 6)*

#### *Zur Stadtregion Luzern*

Luzern ist mit seinen 57'000 Einwohnern die bevölkerungsmässig achtgrösste Stadt der Schweiz. Durch die Fusion mit den sieben umliegenden Gemeinden (Emmen, Kriens, Littau, Horw, Ebikon, Meggen und Adligenswil) könnte die Bevölkerungszahl fast verdreifacht und auf 160'000 erhöht werden, womit man etwa in der Grössenordnung von Genf und Basel liegen würde. Auch in Luzern konzentriert sich die Besiedlung auf die Agglomeration (51 Prozent Bevölkerung, 66 Prozent der Beschäftigten), doch die Mittel für die Kantonsstrassen fliessen zu 75 Prozent in die Landschaft. Wirtschaftlich verliert der Kanton Luzern an Boden<sup>5</sup>, deshalb wird nun eine bessere Positionierung gegenüber den anderen Zentren, eine Verbesserung der Verkehrssituation in der Agglomeration und eine Optimierung der Infrastrukturanlagen angestrebt.

#### *Entstehung und Entwicklung von LuzernPlus*

Das Netzwerk LuzernPlus wurde im Februar 2006 geschaffen. Insgesamt sind 13 Gemeinden inkl. den sechs grossen Agglomerationsgemeinden daran beteiligt. Entstehung und Entwicklung von LuzernPlus erfolgten im Rahmen des Projekts Agglomeration und Stadt Luzern PASL in drei Phasen:

- Phase 1: Initiative und Projektstart PASL (1998-2000)
- Phase 2: Entwicklung eines Leitbilds mit strategischen Zielen zur künftigen regionalen Zusammenarbeit (2001)
- Phase 3: Entwicklung des Modells Neue Agglomerationszusammenarbeit NAZA und Erarbeitung eines Strukturvorschlags (2002-2005).

Aufgrund des Vorschlags sind die Schaffung eines Mehrzweckverbandes Entsorgung eingeleitet und das Netzwerk LuzernPlus geschaffen worden. Das Netzwerk ist als Verein organisiert und verfügt über ein Budget von jährlich 200'000 Franken.

---

<sup>5</sup> Gemäss Statistischem Jahrbuch der Schweiz verzeichnete Luzern 1990-2003 ein Wachstum von 23,5 Prozent gegenüber 37 Prozent im Kanton Zürich.

### *Der Verein LuzernPlus*

Ziel des Vereins ist eine starke Region Luzern. Dabei wird eine Doppelstrategie bestehend aus der Förderung der Zusammenarbeit und der Unterstützung von Fusionen verfolgt. Zudem sollen das Bewusstsein für agglomerationspolitische Fragen gestärkt und neue Projekte initiiert werden. LuzernPlus steht als Plattform für Koordination und Kommunikation zur Verfügung und soll als Grundlage für ein erfolgreiches Lobbying dienen. Der Verein strebt eine verstärkte Zusammenarbeit an, um dadurch Kosten zu sparen, bessere Dienstleistungen erbringen zu können und eine positive Aussenwirkung zu erreichen. Dabei wird an die Erfolge der bisherigen regionalen Kooperation in den Bereichen Entsorgung und Verkehr angeknüpft.

Der Verein wird von einer Geschäftsstelle geführt und arbeitet projektorientiert. Den Gemeinden werden konkrete Angebote zur Zusammenarbeit unterbreitet, die freiwillig genutzt werden können. Folgende Projekte laufen gegenwärtig:

- LuzernPlus Projekt Energie
- Regionale Trägerschaft Agglo-Kid
- Projekt A: 26 Objekte zur Förderung erneuerbarer Energie
- Projektidee: Haus der Agglomerationen (=Vereinigung aller regionalen Organisationen)

Das Hauptgewicht liegt auf der operativen Ebene, die Strukturen sollen später den bereits funktionierenden operativen Prozessen folgen.

### *Fusion Luzern-Littau*

Im August 2006 haben die Stadtregierung von Luzern einstimmig und der Gemeinderat von Littau mit einem Stimmverhältnis von 3:2 einem Fusionsvertrag zwischen den beiden Gemeinden zugestimmt. Dadurch entsteht eine Stadt mit rund 73'000 Einwohnern. Der Stadtrat erhofft sich bessere Entwicklungsperspektiven für eine grössere Stadt, die Gemeinde Littau eine geringere Steuerbelastung. Man erwartet jedoch bis 2011 Mehrkosten von 21 Mio. Franken, die Synergien werden erst später wirksam. Die fusionsbedingten Mehrkosten werden vom Kanton gedeckt.

### *Agglomerationspolitik im Kanton Luzern*

Im Legislaturprogramm 2003-07 unterstützt der Kanton explizit eine Vergrösserung der Stadt Luzern auf deutlich über 100'000 Einwohner durch Gemeindezusammenschlüsse. Die Regierung strebt ein starkes Zentrum im Kanton an und steht hinter der Fusion Luzern-Littau. Aufgrund verschiedener Motionen ist sie verpflichtet, eine Agglomerations- und eine Regionalpolitik zu formulieren. Agglomerationspolitisch steht die Stärkung des Zentrums im Mittelpunkt, regionalpolitisch die Ausgleichsfunktion des Kantons gegenüber einer starken Stadt (Finanzausgleich). Im Dezember 2006 wird der Grosse Rat von Luzern über das Agglomerationsprogramm befinden, im März 2007 über das Dekret zur Unterstützung der Fusion Luzern-Littau (Kantonsbeitrag von rund 20 Mio. Franken). Im Juni 2007 findet eine Volksabstimmung zur Fusion statt.

## **2.4 Agglomerationspolitik aus der Sicht Ostermundigens (Christian Zahler)**

*Referat von Christian Zahler, Gemeindepräsident von Ostermundigen: Agglomerationspolitik aus der Sicht Ostermundigens (siehe Anhang 7)*

Ostermundigen gehört zur Region Bern-Mittelland und ist mit seinen rund 15'000 Einwohnern die drittgrösste Gemeinde der Region. Sie ist grundsätzlich offen gegenüber der kantonalen Agglo-

merationsstrategie SARZ und befürwortet eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, da sie als notwendig für das weitere Wachstum der Gemeinde und der gesamten Region erachtet wird. Handlungsbedarf auf agglomerationspolitischer Ebene ergibt sich aus der Sicht von Ostermundigen besonders im Bereich der Planung. Dort müssen die Interessen der Gemeinden gut aufeinander abgestimmt werden. Hinsichtlich der künftigen Regionalplanung bringt SARZ Vorteile. Für die Einführung einer Regionalkonferenz spricht ausserdem die Tatsache, dass die Regionalpolitik dadurch mehr Gewicht erhält und die Diskussion von regionalpolitischen Fragen öffentlich geführt wird.

Die Mitwirkungsmöglichkeiten für die kommunalen Parlamente im Rahmen des Regionalkonferenz-Modells sind relativ gering. Die Gemeinden werden von ihren Präsident/innen vertreten. Von ihnen wird erwartet, dass sie die Interessen ihrer Gemeinden wahrnehmen und darüber hinaus die Bedürfnisse der Region im Interesse aller Gemeinden erkennen und vertreten. Die Regionalversammlung muss sich für die Region als Ganzes einsetzen und darf nicht Einzelinteressen vertreten. Der Einbezug der Parlamente in Vernehmlassungsverfahren ist unproblematisch, eine Beratung aller laufenden regionalen Geschäfte in den kommunalen Legislativen dagegen ist nicht praktikabel.

Aus der Sicht Ostermundigens sind die Diskussionen über neue Zusammenarbeitsformen zwischen den Gemeinden gut und berechtigt. Auch SARZ ist positiv, weil künftig auf der Ebene der Regionalkonferenzen Probleme gelöst werden können, die weder vom Kanton noch von den Gemeinden allein bewältigt werden können.

### 3. Workshops zur Agglomerationspolitik

#### 3.1 Workshop I: Welche Rolle spielen die Parlamente im Zusammenhang mit den Regionalkonferenzen?

*Moderation: Alfred Wirth (GGR Worb) und Ursula Marti (AKO)*

*Sprecher: Alfred Wirth (GGR Worb)*

- Die Parlamente verlieren die Mitentscheidung in kulturellen Fragen. Die Entscheide der Regionalkonferenz sind verbindlich.
- Einflussnahme durch das Parlament: Wir fordern frühzeitige Information durch den Gemeinderat (nach jeder Konferenz). Wir wollen wissen, was läuft. Die Regionalkonferenzen sind öffentlich und es wird ein Protokoll erstellt. Es ist auch an den Parlamenten, sich die Information zu holen, selber aktiv zu werden.
- Wenn das Parlament konsultiert wird, geschieht das durch Vernehmlassungen. Das ist zeitlich aufwändig. Die Gemeinden müssen sich intern gut organisieren, damit die Vernehmlassungen zeitgerecht entstehen.
- Zur Behördeninitiative und Referendum durch Gemeinde: Ist das praktikabel, angesichts der kurzen Fristen? Zuständigkeit beim Gemeinderat oder beim Parlament? Wir müssen mehr Kontakte in der Region knüpfen, selber aktiv werden. Das kann über neue Netzwerke, über die Parteien oder über die Verwaltungen geschehen.
- Viele Entscheide über das Vorgehen in den Gemeinden müssen gemeindeintern getroffen werden. Es gibt viel zu tun. Wir müssen selber aktiv werden und etwas machen.
- Fazit: Wir verlieren nicht so viel, wie wir uns am Anfang vorgestellt haben.

#### 3.2 Workshop II: Welche Chancen eröffnet das Umsetzungsmodell Bernplus?

*Moderation: Urs Maibach (Parlament Köniz) und Myriam Duc (AKO)*

*Sprecher: Christoph Salzmann (Parlament Köniz)*

- Grundsätzlich geht es darum, das bereits Bestehende in der Region zu erhalten und in die Strukturen von SARZ zu integrieren.
- In der Vorbereitungsphase eines Geschäfts wäre es gut, das Parlament einzubeziehen. Es ist aus unserer Sicht wichtig, dass das Parlament bei der Entscheidungsfindung einbezogen wird und nicht erst dann, wenn alles schon entschieden ist. In diesem Zusammenhang möchten wir, dass man sich zu folgenden Themen noch Gedanken macht: Konsultativabstimmungen, Behördenreferendum.
- Wir müssen aufpassen, dass wir als Parlamentarier/innen nicht unzählige regionale Geschäfte zum studieren bekommen, um dann nur pro forma noch unseren Segen dazu zu geben.
- Bernplus ist die praktische Umsetzung der Agglomerationsstrategie, SARZ gibt den organisatorischen und gesetzlichen Rahmen. Es besteht die Möglichkeit, dass nach einer Ablehnung von SARZ mit Bernplus weitergefahren wird. Da aber der gesetzliche Rahmen fehlen würde, wäre die Weiterführung wesentlich schwieriger und langwieriger.
- Bernplus wurde bisher nur zusammen mit den Gemeindepräsidenten organisiert und diskutiert. Isabelle Meyer ist jedoch bereit, das Thema auch mit den Parlamentarier/innen zu diskutieren, insbesondere auch hinsichtlich der Mitsprache der Parlamente.

### 3.3 Workshop III: Welche Formen der Zusammenarbeit in der Region Bern können wir uns vorstellen?

*Moderation: Rolf Friedli (GGR Muri) und Christoph Müller (AKO)*

*Sprecher: Mark Stucki (Parlament Köniz)*

Das Leitungsteam hat vor dem Workshop Vor- und Nachteile von drei möglichen Zusammenarbeitsformen aufgelistet. Sie standen der Gruppe als Diskussionsbasis zur Verfügung.

	Vorteile	Nachteile
Vertragslösungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– hohe Akzeptanz der Lösungen</li> <li>– Lösungen durch Direktbetroffene</li> <li>– Verträge zwischen Direktinteressierten</li> <li>– Vertragsanpassungen sind rasch realisierbar</li> <li>– kurzer Instanzenweg</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Anzahl der Vertragspartner</li> <li>– Initialaufwand ist nötig</li> <li>– Abgrenzung zwischen den Vertragspartnern</li> </ul>
Gemeindefusionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– geringere politische Kosten</li> <li>– grössere Planungsgebiete</li> <li>– grössere Finanzierungsräume</li> <li>– grössere Einzugsgebiete</li> <li>– weniger Schnittstellen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Identitätsverlust der Gemeindeglieder/innen</li> <li>– Verlust der politischen Strukturen</li> <li>– Fusionskosten</li> </ul>
4. politische Ebene (Regionalparlament)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– politische Legitimation</li> <li>– Informationsfluss Legislative/ Exekutive</li> <li>– bessere Akzeptanz beim Bürger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Kosten der zusätzlichen politischen Ebene</li> <li>– Verwaltungsaufwand</li> <li>– Effizienzverlust</li> <li>– Schnittstellen</li> </ul>

Wir haben uns etwas provokativ drei Alternativen zu SARZ vorgestellt: Vertragslösungen, Gemeindefusionen und eine 4. Ebene (im Sinn eines Regionalparlaments).

- Bei den Vertragslösungen fanden wir einhellig, dass sie ohne weiteres neben SARZ für Dienstleistungen auch in Zukunft einen wichtigen Platz haben und auch haben sollen. Es macht keinen Sinn, massgeschneiderte Dienstleistungen auf SARZ aufzustülpen.
- Beim Thema Fusionen gingen die Meinungen hingegen diametral auseinander. Fusionen von kleinen Gemeinden schienen allen weitgehend unproblematisch und im Einzelfall sinnvoll, aber bei Fusionen von Kerngemeinden mit Agglomerationsgemeinden ist die Problematik weitaus grösser, die Frage nach dem Realisierungspotential solcher Ideen muss gestellt werden. Man war sich aber einig, dass das Thema längerfristig thematisiert werden kann und muss, weniger mit der Idee einer unmittelbaren Umsetzung denn als Denkmodell, bei dem die Vor- und Nachteile vorurteilslos geprüft werden müssten.
- Zum Regionalparlament (4. Ebene): Auch hier waren die Meinungen geteilt. Teilweise wurde bemängelt, dass es bei SARZ verpasst wurde, eine saubere vierte Ebene zu schaffen. Andere wiederum bezweifelten jedoch die Praktikabilität einer vierten Ebene (Komplexität). Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass sich SARZ in Zukunft allenfalls Richtung vierte Ebene entwickeln könnte und dadurch auch die Strukturen angepasst werden müssten. Generell bemängelt wird insbesondere, dass im aktuellen Modell ein demokratisch legitimes ständiges Aufsichts- und Kontrollorgan nicht vorgesehen ist.

#### 4. Würdigung durch die teilnehmenden Gemeinden

*Alfred Wirth (Worb):*

Es war wie im letzten Jahr ein sehr guter Anlass. Wir konnten uns vertieft mit der Materie vertraut machen und wissen mehr als letztes Jahr. Die Rechte, die die Parlamente in einem neuen System erhalten, wollen wir auf jeden Fall voll ausschöpfen. Wir müssen über die Gemeindegrenzen hinaus mit den andern Parlamenten der Agglomerationsgemeinden und auch mit den Parteisektionen der andern Gemeinden zusammenarbeiten.

*Valentin Lagger (Köniz):*

Die Verbesserung der Zusammenarbeit der Gemeinden ist als Ziel unbestritten. Ich habe allerdings Bedenken und Zweifel gegenüber der nicht demokratisch abgestützten und nicht flächendeckenden vierten Ebene.

*Jürg Schacher (Münsingen):*

Ich danke für diese Tagung. Es ist wichtig, dass wir uns sehen und einander kennen lernen. Aus meiner Sicht ist noch einiges offen. Wichtig ist, dass die Gemeinden hinter dem Projekt SARZ stehen. Es ist ganz wichtig, dass man einander ernst nimmt und Interesse füreinander zeigt. Es gibt vieles in der Stadt, gerade im kulturellen Bereich, von dem wir aus den umliegenden Gemeinden profitieren, das wir zur Kenntnis nehmen. Aber es gibt auch bei uns Kultur, beispielsweise die Fasnacht oder die Filmnacht oder die Mühle Hunziken. Es wäre schön, wenn zum Beispiel einmal einige Berner für die Filmnacht zu uns kämen. Beide Seiten, Stadt und Agglomerationsgemeinden müssen aufeinander zugehen.

*Pia Aeschimann (Muri):*

Wir danken den Organisator/innen für die Durchführung dieser Veranstaltung. Für mich ist es bereits die zweite solche Tagung. Ich habe abgesehen vom Bericht über das Modell Luzern nicht viel Neues gehört. Für den Fall, dass SARZ realisiert wird, haben wir uns vier Punkte vorgenommen:

- Wir als Parlamentarier/innen verlangen, dass der Gemeindepräsident das Parlament über die jeweilige Konferenz informieren muss.
- Wir überprüfen die Möglichkeit einer Mandatierung des Gemeindepräsidenten durch das Parlament (Erteilung von gebundenen Weisungen).
- Wir prüfen die Idee einer aus allen Parteien zusammengesetzten Kommission auf Parlamentsebene, die die Vernehmlassungen aus der Regionalkonferenz beurteilen würde.
- Wir prüfen, ob die Zuständigkeit für Behördenreferendum oder –initiative auf Parlamentsebene verankert werden soll.

Als Anregung für eine nächste Tagung möchte ich vorschlagen, einen kritischen Referenten oder kritische Referentin einzuladen.

*Hansruedi Haueter (Zollikofen):*

Ich kann mich meiner Vorrednerin Pia Aeschimann anschliessen. Auch wir nehmen diese vier Punkte als „Hausaufgabe“ mit. Auch wir danken für die Organisation der Tagung. Es war ein interessanter Tag, aber viel Konkretes erreicht haben wir nicht.

## 5. Fazit der Agglomerationskommission

Die Agglomerationskommission als Veranstalterin zieht ein grundsätzlich positives Fazit der Tagung. Aus ihrer Sicht war die Veranstaltung eine gelungene Fortsetzung des letztjährigen Workshops. Sie diente nicht nur der Informationsvermittlung, sondern bot auch Gelegenheit, bestehende Kontakte zu den Parlamentsmitgliedern der Agglomerationsgemeinden zu vertiefen und die gegenseitigen Beziehungen zu pflegen.

Die Referate waren sehr informativ und beleuchteten unterschiedliche Aspekte der Agglomerationspolitik, wobei das Schwergewicht auf der Agglomerationsstrategie des Kantons Bern und deren Umsetzung lag. Einen Blick über die Kantonsgrenzen hinaus auf die Entwicklung in Stadt und Region Luzern warf das Referat von Jürg Meyer, Geschäftsführer von LuzernPlus. Er informierte die Teilnehmer/innen ausführlich über das Netzwerk LuzernPlus und die agglomerationspolitischen Anstrengungen von Stadt und Kanton und vermittelte die Entschlossenheit, mit der Verein und Behörden den agglomerationspolitischen Herausforderungen entgegenzutreten.

In den Workshops zur Rolle der Parlamente im Rahmen von SARZ, zum Umsetzungsmodell Bernplus und zu möglichen Zusammenarbeitsformen in der Region ergaben sich offene und lebhaft Diskussionen. Das Modell einer Co-Leitung der Workshops durch ein Mitglied der stadträtlichen Kommission und einen Vertreter oder eine Vertreterin der Agglomerationsgemeinden erwies sich dabei als optimal, da die teilnehmenden Gemeindevertreter/innen dadurch stärker in die Tagung eingebunden werden konnten als im vergangenen Jahr. Bedauert wurde lediglich, dass die ursprüngliche Absicht zur Durchführung der Veranstaltung in einer Agglomerationsgemeinde nicht verwirklicht werden konnte.

Bern, 11. Januar 2007

Daniel Weber  
Simone Bonjour